

Internationalisierung des Umweltschutzmanagements

Rudolf J. Lauff*

Internationalisierung des Umweltschutzmanagements als Wachstumsvoraussetzung

Umwelt ist neben Arbeit und Kapital inzwischen zu einem dritten Produktionsfaktor geworden. Während sich seit Ende des 2. Weltkrieges der Übergang vom Kapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft vollzog, wodurch immer breitere Bevölkerungskreise zu kaufkräftigen Nachfragern wurden, stehen wir seit einigen Jahren vor der Notwendigkeit, neben die soziale Abfederung der Marktwirtschaft die ökologische zu stellen.

Von dem Erfahrungswert ausgehend, daß eine gute Ökonomie ökologisch sein muß, muß im Umkehrschluß eine gute Ökologie auch ökonomisch sein. Widersprüche zwischen Ökologie und Ökonomie lassen sich nur bei oberflächlicher Betrachtung konstruieren, denn unternehmerische Verantwortung bedeutet letztlich Langfristsicherung der Funktionsfähigkeit des Unternehmens und dies schließt zwangsläufig den Umweltschutz mit ein. Dementsprechend hat sich neben dem Produktmanagement und dem Marketing inzwischen auch das Umweltmanagement zu einem bedeutenden unternehmensstrategischen Bereich mit Chefsache-Qualität gemausert. Im Unterschied zu manchen Politikern sehen die Unternehmen Umweltschutz nicht als Wachstumsgrenze sondern eindeutig als Wachstumsvoraussetzung.

Diese Unternehmensphilosophie hat jedoch noch keineswegs in allen Unternehmen geschweige denn in allen Ländern Eingang in die tägliche Unternehmenspraxis gefunden. Dabei dürfen wir auch nicht übersehen, daß intensivierter Firmenumweltschutz in *einem* Land international gesehen zu Wettbewerbsverzerrungen führen kann und oft genug bereits geführt hat.

Sobald ein Unternehmen die Zeichen der Zeit erkannt hat und bereit ist, für mehr Umweltschutz in der Produktion oder beim Produkt zwangsläufig höhere Kosten auf sich zu nehmen, läuft es Gefahr, im Wettstreit mit der weltweit wachen Konkurrenz auf die hinteren Plätze verwiesen zu werden. Dies geschieht insbesondere dann, wenn die Konkurrenz weniger kostenträchtige Rücksichten auf die Umwelt nimmt und sich hochentwickelte und teure umweltschonende Technologien erspart.

Der preisbewußte Verbraucher alten Stils kauft in der Regel das billigere Produkt; das umweltschonende, aber teurere bleibt im Regal. Wenn man nicht will, daß die Umweltschutzbestimmungen eines Landes zum Eigentor für die heimische Industrie werden, dann ist darauf zu achten, daß sich

die Umweltschutzvorschriften und deren Anwendung bei den wichtigsten Konkurrenten ähnlich entwickeln.

Jeder Vorreiter im Umweltschutz riskiert, vom Markt verdrängt zu werden, das heißt, die Saubermänner müssen aufgeben, während die weniger umweltschonend Produzierenden überleben. Auf der Strecke bleibt dabei die Umwelt.

Mehr Umweltschutz kann also auf lange Sicht nur im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens der wichtigsten Weltmarktpartner erfolgreich sein. Deutlich mehr Harmonisierung ist erforderlich, denn die Umweltbelastung und damit auch die Aufgaben des Umweltschutzes machen nicht vor Ländergrenzen halt.

Effektive Lösungen sind daher auch nur im internationalen Konsens durch gemeinsame Anstrengungen bei größtmöglicher Harmonisierung zu erreichen.

Zeitfaktor Genehmigungsverfahren

Es hat sich gezeigt, daß wegen der Fülle von Gesetzen und Vorschriften und der mit ihnen verbundenen bürokratischen Hürden Genehmigungsverfahren für Anlagen immer langwieriger, teurer und ungewisser werden. So ist es keine Seltenheit, daß eine Anlage zum Zeitpunkt ihrer Inbetriebnahme dem dann gültigen Stand der Technik, so wie er vom Gesetz gefordert wird, bereits nicht mehr entspricht und teure Nachrüstungen oder Umstellungen erforderlich werden, für die dann nochmals ein langwieriges Genehmigungsverfahren in Gang gesetzt werden muß. Unternehmensplanung gleicht angesichts dieser Sachlage oft einem Abenteuer.

Insbesondere in der Bundesrepublik sind abfallrechtliche Planfeststellungsverfahren (1-4 Jahre) und alle wasserrechtlichen Verfahren (bis zu 7 Jahren) laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages durch ihre Langwierigkeit ein riesiges Investitionshemmnis. Demgegenüber sind immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren nach Auskunft der Unternehmen in vielen Fällen noch in angemessener Frist abgeschlossen worden. Genannt werden Erledigungszeiten von bis zu 42 Monaten, wobei die Regel zwischen 9 und 15 Monaten liegt.

Als Gründe für unangemessen lange Verfahren werden vorwiegend mangelhafte Abstimmungsverfahren der Behörden sowie überzogener bürokratischer Aufwand genannt.

Erste Schritte zur Harmonisierung in der EG

Die Einheitliche Europäische Akte von 1987 und die mit ihr verbundene Vollendung des EG-Binnenmarktes bis 1992 setzt eine Einigung der EG-Mitgliedsstaaten über gemeinschaftliche Umweltstandards voraus.

Dank der Einheitlichen Europäischen Akte hat die Umweltpolitik einen festen Platz in der EG-

* Vortrag anlässlich des ANL-Seminars „Ökonomische Zukunft – wirtschaftlich, sozialverträglich, naturverträglich“ vom 29.-31. Oktober 1991 in Garching bei München.

Verfassung. Europaweite Umweltmaßnahmen können seither mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Der vor zwei Jahren erst vollzogene umweltpolitische Sinneswandel der Briten und bei den Mittelmeeranrainern eröffnet der EG-Umweltpolitik neue Möglichkeiten.

Die Europäische Gemeinschaft hat in einigen Bereichen des Umweltschutzes wichtige Regelungen getroffen. Beispiele hierfür sind zahlreiche Produktnormen über Gefahrstoffe, den Bleigehalt im Benzin, den Schwefelgehalt im leichten Heizöl, Abgasreduzierung von Kfz sowie anlagenbezogene Umweltauflagen betreffend die Ableitung gefährlicher Stoffe in die Gewässer, die Reduzierung der Luftverschmutzung durch Großfeuerungsanlagen und Müllverbrennungsanlagen, die Vorsorge gegen Industrieunfälle, das gemeinschaftliche Abfallrecht und die Naturschutzregelungen. Doch die größere Strecke bis zu einer tatsächlichen europäisch harmonisierten Umweltpolitik, die diesen Namen verdient, liegt noch vor uns.

Ob der Zeitraum bis 1993 zur Harmonisierung bzw. Verabschiedung der wichtigsten EG-Regelungen ausreicht, hängt davon ab, wie groß die Bereitschaft der Länderregierungen ist, eine gemeinsame Umweltpolitik mitzutragen. Die Vielzahl und Vielschichtigkeit der Probleme, die Umweltschutzmaßnahmen mit sich bringen, verlangen nach einer intensiven und sinnvollen Zusammenarbeit zwischen Industrie und Behörden auf nationaler und internationaler Ebene.

Notwendige Einbeziehung Osteuropas

Sollte trotz aller hier angedeuteten Schwierigkeiten auf dem Weg zu gemeinsamen EG-Umweltschutzstandards eine Einigung erzielt werden, dann ist dies allerdings immer noch Stückwerk. Die Erfahrungen aus den bisherigen Smog-Perioden haben eindrücklich gezeigt, daß in weiten Teilen der Bundesrepublik der grenzüberschreitende Schadstofftransport aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, aus Polen und aus der CSFR dominierte. Der Bericht des Länderausschusses für Immissionsschutz schließt daraus, daß für eine zukünftige Vermeidung derartiger Smog-Perioden mit anhaltenden Spitzenkonzentrationen, insbesondere an Schwefeldioxid und Schwebstaub, nicht nur weitere Maßnahmen der Luftreinhaltung in der Bundesrepublik erforderlich sind, sondern auch in den angrenzenden Nachbarländern im Osten.

Wie dringlich eine Harmonisierung insbesondere mit den osteuropäischen Staaten ist, mögen einige herausgegriffene Beispiele zeigen:

Von den 100 % Schadstoffen, die über die Elbe in die Nordsee gelangen, stammt nur der geringere Teil aus Schadstoffquellen der alten Bundesländer. Die vierfache Menge stammt aus dem Gebiet der ehemaligen DDR und aus der CSFR.

Mit einem jährlichen Ausstoß von 5,2 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd und 2,2 Millionen Tonnen Staub nahm die DDR einen unrühmlichen Spitzenplatz in Europa ein, und der Ausstoß von Schwefeldioxyd pro Kopf der Bevölkerung war bis zur Wende fünfmal höher als der entsprechende Wert in der Bundesrepublik Deutschland. Besonders in den ökologischen Krisengebieten im Raum Dresden, im Raum Leipzig, Bitterfeld,

Halle, Merseburg sowie dem Gebiet des Lausitzer Bergbaus wurden für 4,2 Millionen Menschen bei Schwefeldioxyd und für 6 Millionen Menschen bei Staub die zulässigen Emissionsgrenzwerte häufig überschritten. Die einseitige Orientierung auf Braunkohle als Primär-Energieträger und überalterte schlecht ausgerüstete Energieerzeugungsanlagen, auf einen hohen Energieverbrauch ausgerichtete Produktionsstrukturen und auch entsprechende Bausubstanz machten die DDR zum Europameister in Energieverschwendung und sie waren und sind die Hauptursache der unzumutbaren Belastung. Ich möchte nicht verschweigen, daß inzwischen vieles im Sinne des Umweltschutzes in den neuen Bundesländern getan worden ist, über den Berg sind wir dort jedoch noch nicht.

Grenzen der Harmonisierung – regionale Differenzierung

Eine europäische Harmonisierung der Umweltschutzbestimmungen, die Ost- und Westeuropa gleichermaßen betrifft, erinnert angesichts der aufgeführten Schwierigkeiten an die Quadratur des Kreises: Der erste Schritt zu einer Harmonisierung auf europäischer Ebene muß bei der EG beginnen, um dann gegebenenfalls mit Hilfe der UN-Economic Commission for Europe (ECE) zu gemeinsamen Strategien mit Mittel- und Osteuropa zu kommen.

Um die Harmonisierung im Rahmen der EG zu erleichtern, haben sich die Umweltminister der Europäischen Gemeinschaft seit 1988 auf dem sog. Wasser-Gipfel in Frankfurt darauf verständigt, eine „regionale Differenzierung“ in der Gewässerschutzpolitik der EG zu akzeptieren. Da nicht alle Länder die Notwendigkeit für schärfere Umweltauflagen und den Bau von Kläranlagen einsehen, liegt der Vorteil dieser „Regionalisierung“ darin, daß die Anliegerstaaten nun gemeinsam Grenzwerte und Qualitätsziele aushandeln und festlegen, die beispielsweise im zeitlichen Vollzug nicht für irische oder spanische Flüsse gelten müssen. Der Vorteil dieser von den Umweltministern so bezeichneten „neuen Philosophie“ ist offensichtlich. Auf der anderen Seite besteht jedoch die Gefahr, daß die Regionalisierung im Gewässerschutz auch auf anderen Umweltschutzbereichen Schule machen und damit eine tatsächliche Harmonisierung durch Ausnahmeregelungen durchlöchern könnte.

Emissionsminderung und Recycling

Zwei wichtige Säulen des Firmenumweltschutzes sind die Minimierung umweltschädlicher Emissionen und die Wiederverwertung bereits eingesetzter Materialien, zu neudeutsch das „Recycling“

In der Bundesrepublik können wir nicht ohne Stolz darauf verweisen, daß sich im Jahre 1989 gegenüber 1970 die Schwefeldioxyd-Emissionen um 72 %, die Staubemissionen um 60 % und die Kohlenmonoxid-Emissionen um 40 % verringert haben. Der industrielle Wassereinsatz konnte 1986 gegenüber 1969 absolut um rund 1 Mrd./cbm gesenkt werden. Damit ist der bundesdeutschen Industrie auch auf diesem Gebiet eine *Entkopplung* von Wachstum und Umweltbeeinträchtigung

gelungen. Der für die Selbstreinigungskraft des Rheins so wichtige Sauerstoffgehalt hat nach dem Tiefpunkt zwischen 1960 und 1970 mittlerweile mit 9,5 mg/l fast wieder die natürliche Sauerstoffkonzentration von 10 mg/l erreicht.

Der **Wirkungsgrad** unserer **Kohlekraftwerke** ist seit 1950 deutlich verbessert worden: Mußten damals noch 680 Gramm Kohle eingesetzt werden, um eine Kilowattstunde Strom zu erzeugen, so werden heute nur noch 350 Gramm Kohle dafür benötigt. Die spezifischen CO₂-Emissionen moderner Kraftwerke konnten so fast halbiert wer-

den. Der Bedarf an Energie für die **industrielle Produktion** konnte durch rationellen und sparsamen Energieeinsatz deutlich gesenkt werden. Für die gleiche Produktionsleistung wird in der Automobilindustrie heute 30 % weniger Energie verbraucht als vor 15 Jahren.

Der spezifische Energieverbrauch von **Haushaltsgeräten** ist ebenfalls erheblich reduziert worden. Eine Waschmaschine z.B. benötigt heute 60 bis 70 % weniger Strom als ein vergleichbares Gerät des Baujahres 1970. Die Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten hat in der Vergangenheit al-

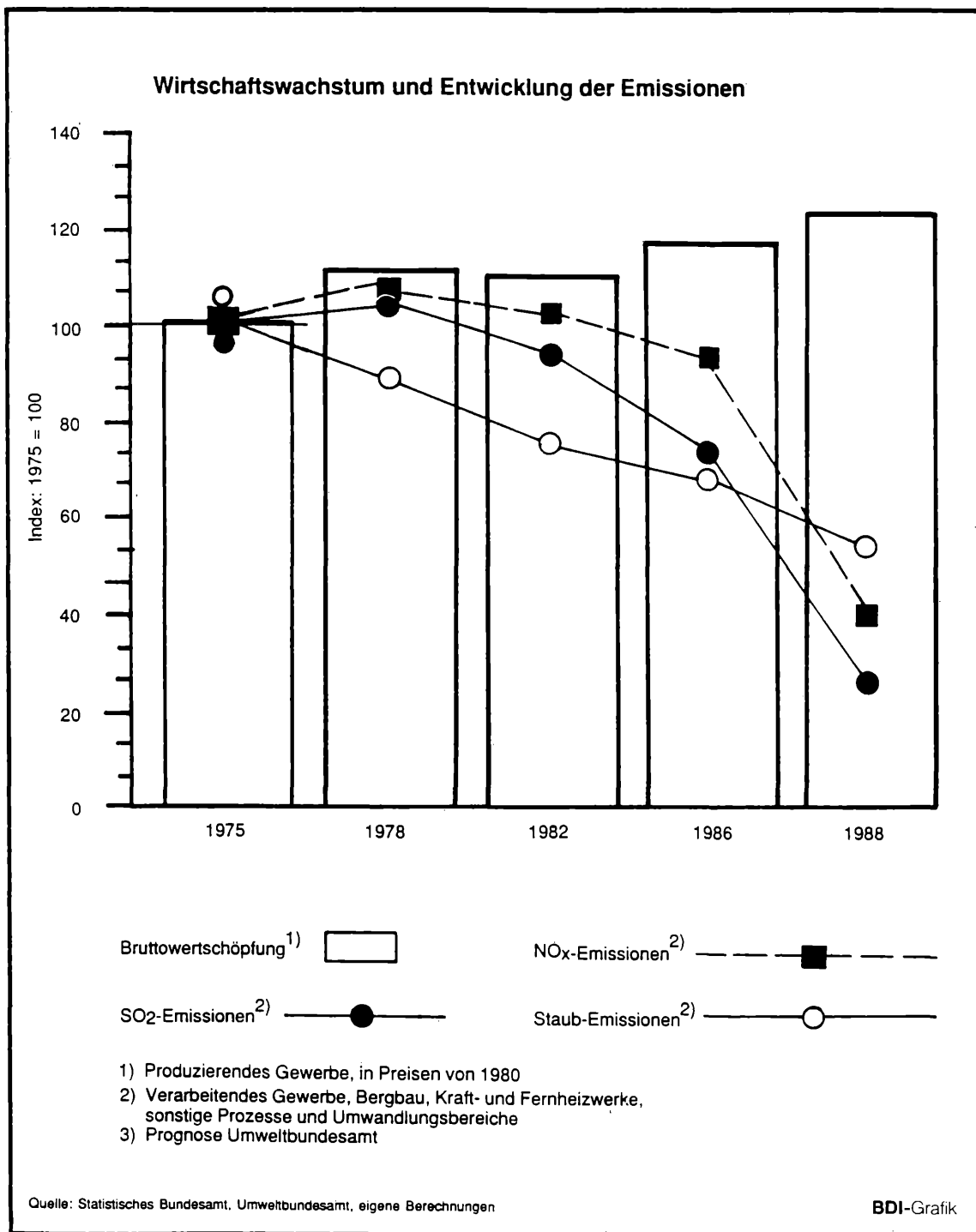


Abbildung 1

lerdings schneller zugenommen als der spezifische Energieverbrauch abgenommen hat. Hier kommt der Spareffekt erst nach Erreichen des Sättigungsgrades zum Tragen.

Im Bereich des Abfallrecycling wird in der Bundesrepublik fast die Hälfte der Jahres-Produktion der Papierindustrie aus Altpapier hergestellt. Das Glasrecycling wurde von 5,5 % im Jahre 1974 auf

48,9 % im Jahre 1987 gesteigert. Altautos werden fast vollständig verwertet, Bleiakumulatoren zu 95 %, Altreifen zu 87 % und Quecksilberbatterien zu fast 50 %.

Hinzu kommt die höhere industrieinterne Verwertung von Rückständen. Die Quote des betrieblichen Recyclings konnte von ca. 33 % im Jahre 1977 auf knapp 37 % im Jahre 1982 gesteigert wer-

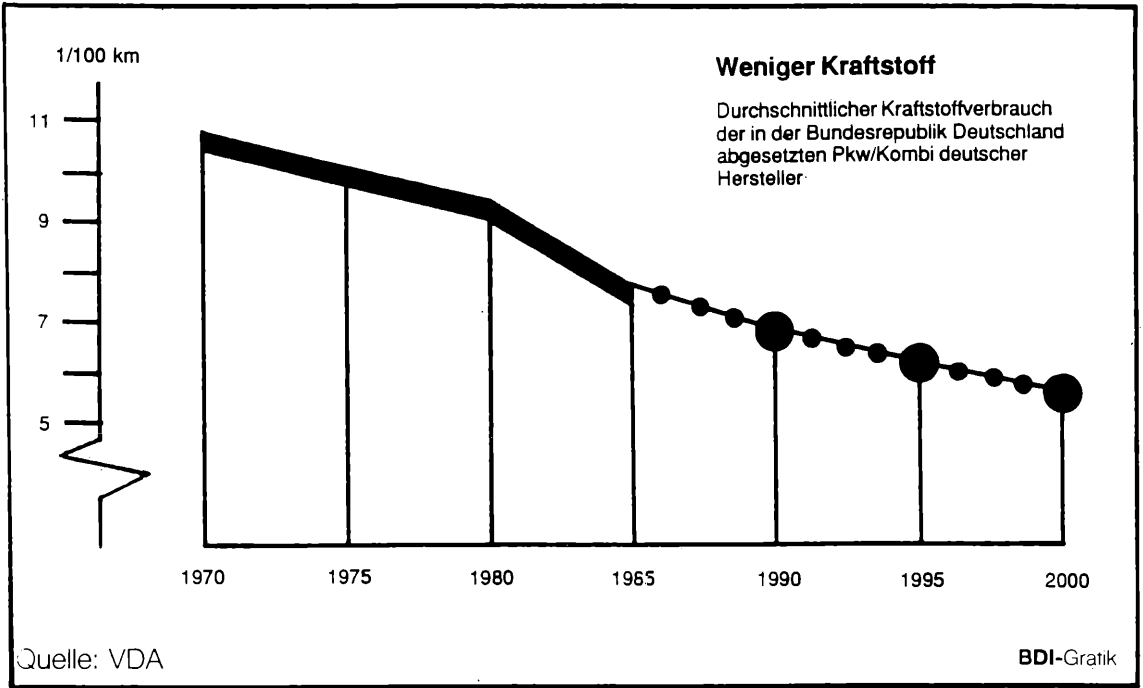


Abbildung 2

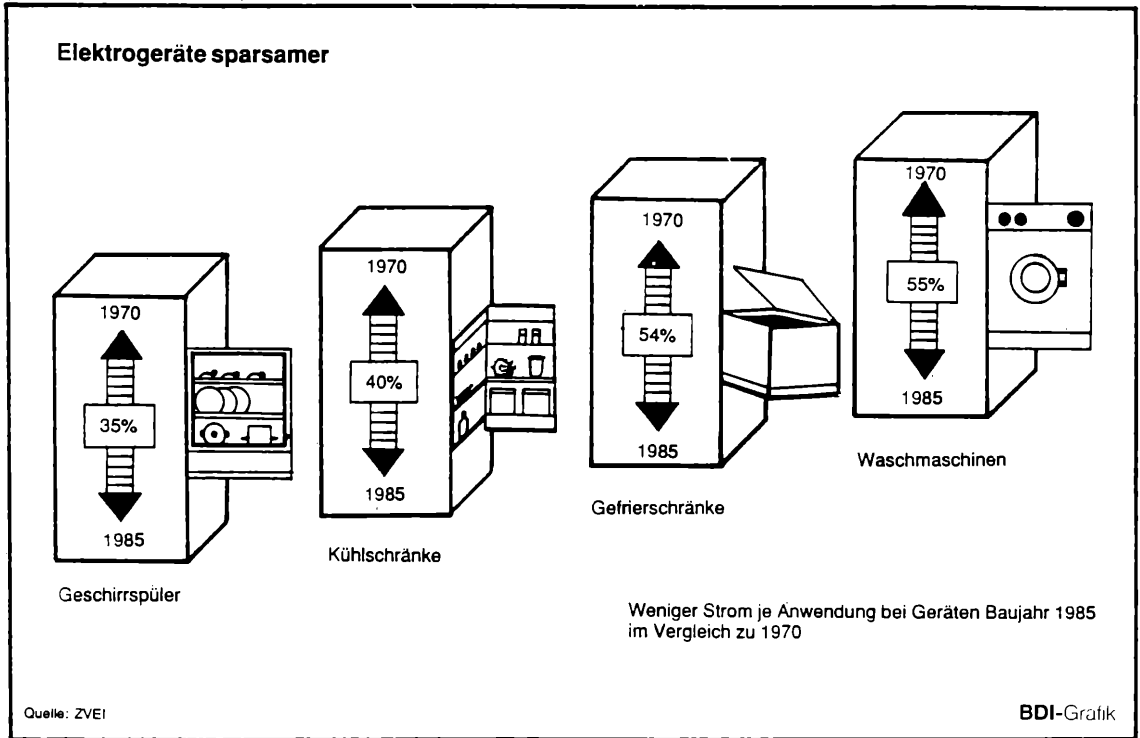


Abbildung 3

den. Diese Quote des innerbetrieblichen Recyclings nimmt weiterhin zu. Unter anderem haben dazu die Recyclingquoten im Jahre 1987 von Aluminium (38,3%), Kupfer (38,5%), Zink (33,6%), Blei (50,6%) und Zinn (17%) beigetragen.

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muß stimmen

Den übrigen Industrie- und Entwicklungsländern kommen die Erfahrungen der deutschen Indu-

strie auf wichtigen umweltschutzrelevanten Gebieten und ihr effizienter Technologieeinsatz schon heute zugute. Diese Erfahrungen hatten allerdings ihren Preis: Während die Umweltschutzausgaben im Produzierenden Gewerbe 1971 noch 5,3 Mrd. DM ausmachten, waren dies 1988 bereits etwa 19,3 Mrd. DM. Der eigentliche Kostenschub setzte 1984 mit der Anwendung der Großfeuerungsanlagenverordnung deutlich merkbar ein.

	Wasserverbrauch für 5 kg Kochwäsche	
	1978	1988
Waschmaschine	150 l	68 l
Geschirrspüler	60 l	22 l

Abbildung 4

Recyclingquoten 1986/87	
Altpapier '87	43,4%
Altglas '87	48,9%
Schrott '86	55,1%
Aluminium '87	38,3%
Kupfer '87	38,5%
Blei '87	50,6%
Alt-Kunststoffe '87	6,8%
Bauschutt '87	20,0%
Straßenaufbruch '87	69,0%
MV-Schlacke '87	36,0%
Hochofenschlacke '87	100,0%
Stahlwerksschlacke '87	85,0%

Die Zusammenstellung verdeutlicht anhand einiger Verwertungsquoten den Recyclinggrad unserer Volkswirtschaft.

Abbildung 5

Anders sieht es mittlerweile für die zahlreichen Umweltindustrien aus, die für den Umweltschutz **produzieren**. Die Absatzchancen dieser Firmen steigen mit der Anhebung bzw. Angleichung der Umweltschutzstandards im In- und Ausland. Für diese Firmen machen sich die Umweltschutzgesetze in der Bundesrepublik bezahlt. Sie verfügen oft über jahrelange Erfahrungen mit dem Einsatz ihrer Produkte in Deutschland, während sich die ausländische Konkurrenz erst auf die Erprobungsphase einstellt. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat hinsichtlich der Beschäftigungswirkung durch den Umweltschutz eine Schätzung unternommen, nach der in der Bundesrepublik etwa 447.000 Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz dem praktizierten Umweltschutz verdanken.

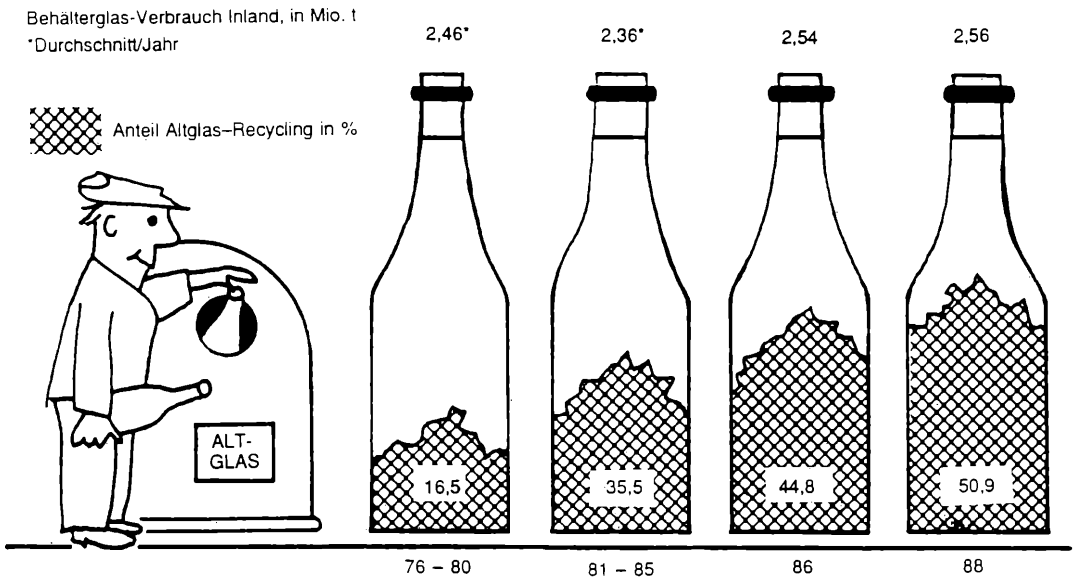
Betrachten wir nochmals die Kostenseite. Ein wichtiger Faktor neben den Investitionskosten zum Beispiel von Filteranlagen bei der Stahlherzeugung ist der **Energieeinsatz**. Dieser Energieeinsatz ist nicht "nur" eine Kostenfrage sondern er verursacht zusätzliche Umweltbelastungen an anderer Stelle. Filteranlagen in Stahlwerken verbrauchen bis zu 11 MWh Strom, um 1 t

Staub auszuscheiden. Eine Strompreiserhöhung von einem Pfennig/kWh bedeutet für die deutsche Stahlindustrie bei der derzeitigen Stahlerzeugung Mehrkosten von 200 Millionen DM im Jahr. Schon 1985 – also noch vor den durch die Luftreinhaltung bedingten Strompreiserhöhungen für die Industrie um 20 bis 50 % hatten wichtige europäische Konkurrenzländer deutlich niedrigere Strompreise als die Bundesrepublik Deutschland. Zu den kostengünstigen Energiestandorten gehören insbesondere Frankreich, Luxemburg und Dänemark.

Entsprechend ist es nicht verwunderlich, daß Unternehmen mit stromintensiven Produktionen erwägen, den Standort Bundesrepublik Deutschland zu verlassen.

Auch beim Umweltschutz gilt es, das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht aus den Augen zu verlieren. In der Stahlindustrie zum Beispiel lag der Staubanfall pro Tonne Rohstahl vor gut 25 Jahren noch bei etwa 18 Kilogramm. In den 60er Jahren konnte die Verringerung auf 2 Kilogramm Staub je Tonne Rohstahl, d.h. um 17 Kilogramm, mit einem Aufwand von 100 DM je Tonne Staub er-

Umweltbewußtsein zählt sich aus – der Bedarf an Altglas steigt



Glasscherben statt Rohstoffe:

1988 wurde jeder 2. Glasbehälter – ob Glasflasche oder Konservenglas – aus Altglasscherben produziert; und es besteht noch mehr Bedarf. Bis 1992 will die Glasindustrie die Altglasverwertung nochmals auf 1,75 Mio. Tonnen steigern. Dies entspricht einem Altglasanteil von ca. 70 % des Inlandsverbrauch.

Quelle: Bundesverband Glasindustrie und Mineralglasindustrie e.V.

BDI-Grafik

Abbildung 6

reicht werden. Die Emissionsminderung um weitere 500 Gramm seit Anfang der 80er Jahre brachte dann Kosten in Höhe von rund 10.000 DM je Tonne abgeschiedenen Staubs.

Mit der Großfeuerungsanlagenverordnung und der TA Luft ist die Erhöhung des Entstaubungsgrades um 9,9 % auf 99,8 % gefordert. Mit dieser Erhöhung des Abscheidegrades um nicht einmal einen Prozentpunkt schnellen die zusätzlichen Abscheidekosten auf 100.000 DM pro Tonne Staub in die Höhe.

Damit stiegen die zuvor anfallenden Luftreinhaltekosten von etwa 50 DM pro Tonne Stahl auf das Doppelte und entsprechen damit ca. 10 % der Produktionskosten insgesamt.

Eine EG-Umweltpolitik muß kalkulierbar sein

Bekanntlich unterscheiden sich die umweltpolitischen Grundeinstellungen ebenso wie die praktischen Umweltschutzverfahren zwischen den EG-Ländern sehr stark. Dies wurde auch während ei-

nes Seminars deutlich, das wir als Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer im April 1989 zum Thema „Umweltschutz zwischen Harmonisierung und Wettbewerbsverzerrung – Luft- und Gewässerschutz im europäischen Vergleich“ veranstaltet haben. Während beispielsweise in Großbritannien die konkrete Schadensabwehr (Immissionsprinzip) zu deutlich geringeren Umweltschutzanforderungen führt, betreibt die Bundesrepublik Deutschland eine Vorsorgepolitik nach dem „Stand der Technik“. Im Gegensatz zur Bundesrepublik gibt es beispielsweise in Frankreich keine Rauchgasentschwefelung für Kraftwerke.

Darüber hinaus führt der kontinuierlich sich weiterentwickelnde „Stand der Technik“, der vom bundesdeutschen Gesetzgeber in der Anwendung gefordert wird, neben politisch bedingten Unstetigkeiten bei den betroffenen Unternehmen zu ständig notwendig werdenden ad-hoc-Anpassungen an neue gesetzliche Vorgaben und Datenkonstellationen. Ferner folgen aus der bisher national

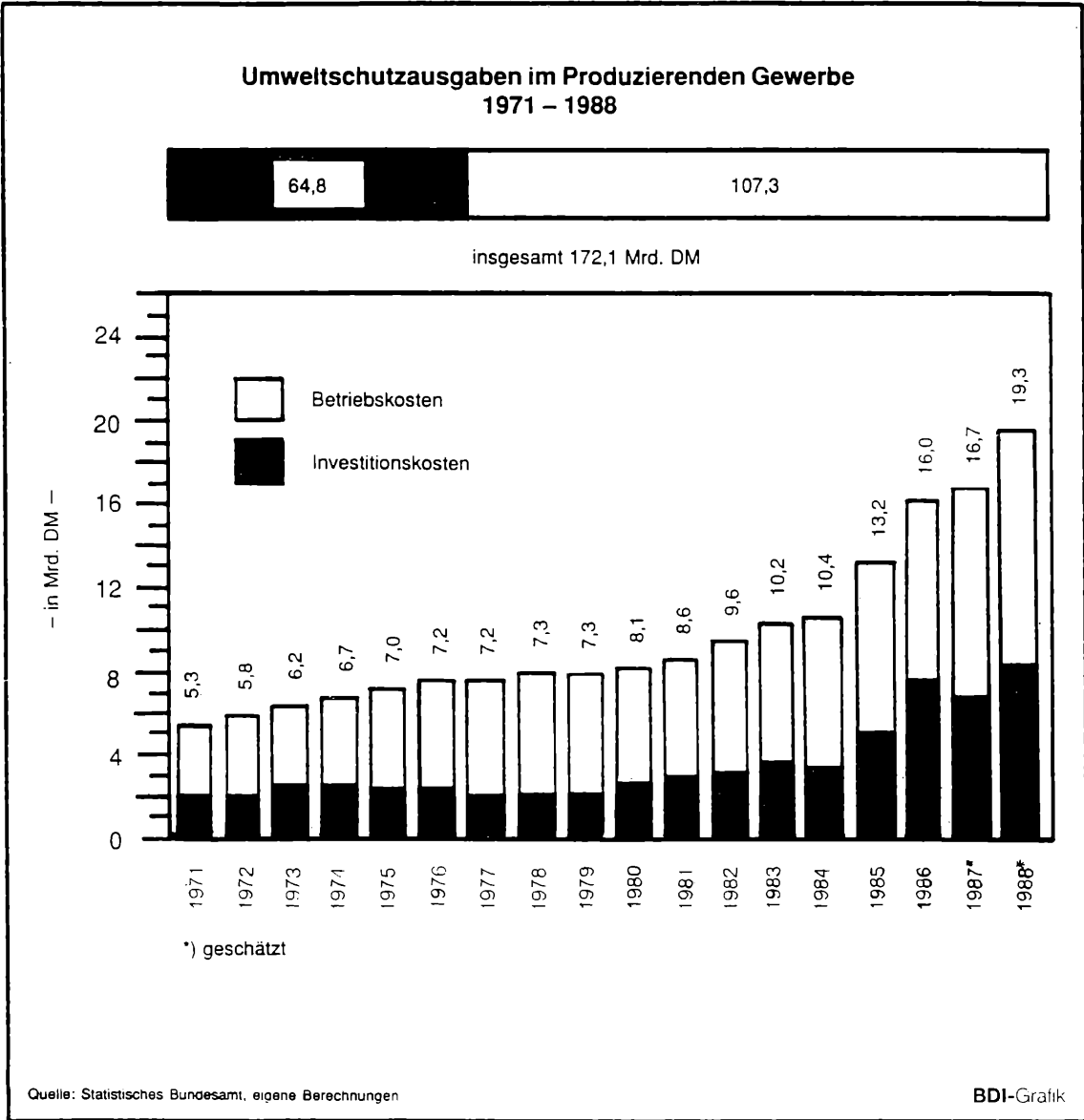


Abbildung 7

orientierten Umweltpolitik Standortnachteile für die Bundesrepublik, die weder im Interesse des Arbeitsmarktes noch im Interesse des Umweltschutzes liegen können. Für Unternehmen in der Bundesrepublik ist daher eine europäische und darüber hinaus internationale Umweltpolitik mit klaren Zielen und einem entsprechenden Zeitrahmen sowohl dringend erforderlich als auch ökonomisch und ökologisch sinnvoller als ein nationaler Alleingang.

Firmenumweltschutz: Nicht nur eine Angelegenheit der westlichen Industrieländer

Während eine Harmonisierung der Umweltschutzbestimmungen zwischen Westeuropa und den wichtigsten Konkurrenten in Nordamerika und Japan auch aus Wettbewerbsgründen dringend notwendig ist, sind beim Vergleich mit den Entwicklungs- und Schwellenländern sowie den Ländern Mittel- und Osteuropas andere Akzente zu setzen.

Wenn es stimmt, daß die westlichen Industriestaaten mit ihrem hocheffizienten Wirtschaftssystem inzwischen international so viel Sogkraft ausüben, daß die bisherigen osteuropäischen Staatshandelsländer ebenso wie die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer zu den eifrigsten Nachahmern werden, dann ist mit einer zwingenden Folgerichtigkeit davon auszugehen, daß sie früher oder später den gleichen Pro-Kopf-Wohlstand erreichen wollen und werden wie die westlichen Industrieländer ihn bereits seit Jahren genießen.

Nun haben wir inzwischen erfahren müssen, daß der unstrittige Wohlstandszugewinn auf der einen Seite zwar alte Probleme beseitigt, dafür aber an anderer Stelle neue Probleme – vorwiegend im Umweltbereich – geschaffen hat.

Während sich Regierungen und Unternehmen in einer wachsenden Zahl von Industriestaaten der Herausforderung des lebensnotwendigen Umweltschutzes stellen und auf diesem Gebiet immense Investitionen für den Umweltschutz durchführen, scheint die Bedürfnishierarchie in den Entwicklungs- und Schwellen-, mittel- und osteuropäischen Ländern vorerst noch anders gelagert. Wie bei uns früher, heißt es dort heute vorwiegend noch: *Erst das Essen, dann die Umwelt*. Der erhobene Zeigefinger mancher Bürger aus den westlichen Industrieländern ist hier allerdings fehl am Platze, denn – bleiben wir bei Metaphern – im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Einen Haken hat die Sache allerdings: Falls alle im Industrialisierungsprozeß nachziehenden Länder die gleichen "Übergangsfehler" im Umweltbereich machen wie wir in den westlichen Industrieländern, und dies gilt umso mehr für die Länder Mittel- und Osteuropas, dann besteht weltweit gesehen in den nächsten 50 Jahren kaum Aussicht auf eine Lösung unserer schon heute bestehenden gravierenden Umweltprobleme.

Abkoppelung des Wirtschaftswachstums von der Umweltverschmutzung (vergleiche Schaubild 1)

Mit dem erwünschten Wirtschaftswachstum in vielen Ländern der Welt werden die Umweltprobleme international gesehen weiterhin anwach-

sen: es sei denn, die Entwicklungsländer ebenso wie die mittel- und osteuropäischen Länder lernen frühzeitig aus unseren nachträglich erkannten Fehlern und führen zwei „Revolutionen“ gleichzeitig durch: die ökonomisch-soziale und die ökologische.

Es wäre unverantwortlich, falls es unserer Generation nicht gelänge, das ökonomische Aufbegehren zahlreicher bisher benachteiligter Völker mit den lebenswichtigen Erfordernissen einer langfristig tragfähigen Entwicklung (sustainable development) in Einklang zu bringen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Schwellenländer mit den besten ökonomischen Erfolgszahlen gleichzeitig auch diejenigen mit den engagiertesten Umweltprogrammen sind. Ich nenne hier insbesondere Singapur, Indonesien und Malaysia.

Das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungs-, Schwellen-, und osteuropäischen Ländern muß ebenso wie in den westlichen Industrieländern von der bis vor einigen Jahren noch parallel verlaufenden Zunahme an Umweltverschmutzung *abgekoppelt* werden. Daß dies möglich ist, zeigt sich auch am Beispiel des Rheins, wo sich die Konzentrationen für zahlreiche Gefahrstoffe im Laufe der Jahre deutlich reduzieren ließen, während der lebenswichtige Sauerstoffgehalt innerhalb von 12 Jahren wieder um mehr als das Doppelte anstieg.

Die Unternehmen in der Umweltverantwortung

Die von der Internationalen Handelskammer organisierte Weltindustriekonferenz für das Umweltmanagement in Rotterdam im April 1991 hat deutlich gezeigt, daß der unternehmerische Umweltschutz einen noch wichtiger werdenden Beitrag zur Abkoppelung des Wirtschaftswachstums von umweltschädigenden Emissionen sozusagen an der Quelle in Zukunft auch in den Entwicklungs-, Schwellen-, sowie mittel- und osteuropäischen Ländern wird leisten müssen und auch können.

In der Bundesrepublik Deutschland werten die -ökologisch aufgeklärten Unternehmen inzwischen das Umweltmanagement als bedeutenden unternehmensstrategischen Bereich mit Chefsache-Qualität. Umweltschutz wird in der Bundesrepublik auf Unternehmensseite nicht länger als Wachstumsgrenze sondern eindeutig als *Wachstumsvoraussetzung* gesehen. Dieser Zusammenhang ist allerdings in zu vielen Ländern bisher noch nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt worden.

Lediglich ein Drittel der Entwicklungsländer zum Beispiel haben staatliche Programme zum Schutze der Umwelt aufgelegt. Für den unternehmerischen Umweltschutz fehlen die Orientierungsgrößen gesetzlicher Regelungen und ein wettbewerbsneutraler Überprüfungsmechanismus. Während die Verstärkung in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern wächst, kommt man mit Kläranlagen für Schmutzwasser bei weitem nicht nach. In Brasilien zum Beispiel werden nur 24 % der Haushaltsabwässer geklärt. Regenwälder werden abgeholzt und abgebrannt ohne Neuanpflanzungen im gleichen Maße zu betreiben. Diese sind jedoch dringend erforderlich, um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten,

die das ökologische Gleichgewicht nach einer Übergangszeit wiederherstellen würde. Da in Entwicklungs-, Schwellen-, mittel- und osteuropäischen Ländern Umweltdaten-Meß-Systeme als Voraussetzung für gezielte Umweltschutzstrategien nicht in ausreichendem Maße existieren, können Schlußfolgerungen dementsprechend auch nur auf einer wackeligen Datenbasis beruhen.

Trotz dieser Informationsdefizite muß jedoch folgendes festgestellt werden:

- Eine in gleichem Maße weitergehende Verstärkung bei der bisherigen geringen Versorgungsquote an Kläranlagen und umweltschonenden Verkehrsmitteln ist nicht verkräftbar.
- Ein den westlichen Industrieländern vergleichbares Bruttosozialprodukt läßt sich in den Entwicklungs-, Schwellen-, mittel- und osteuropäischen Ländern nur in Verbindung mit einem konsequenten Einsatz von betrieblichem Umweltschutzmanagement erreichen.
- Regierungen in den eben genannten Ländern stehen vor der Notwendigkeit, den Umwelt-

schutz als gleichwertige Priorität und Wachstumsvoraussetzung für die Wirtschaft anzuerkennen.

ICC-Umweltschutz-Audits als internationale Umweltschutzstrategie der Unternehmen

Das Eigeninteresse der Industrie am Umweltschutz hat im Rahmen der Internationalen Handelskammer (ICC) zur Erarbeitung des international abgestimmten Konzepts der Umweltschutz-Audits (Englisch: Environmental Auditing) geführt. Im Sinne eines unternehmerischen Umweltschutzkonzepts auf freiwilliger Basis ist davon auszugehen, daß gesetzliche Bestimmungen im Umweltschutz kaum alle Einzelfälle abdecken und darüber hinaus keine Garantie für sach- und praxisgerechte Lösungen geben können. Entsprechend erschöpft sich für eine wachsende Zahl von Unternehmen Umweltschutz nicht im Erfüllen staatlicher Vorgaben, sondern sie machen zunehmend Gebrauch von **freiwilligen, firmainternen Selbstkontrollen**.

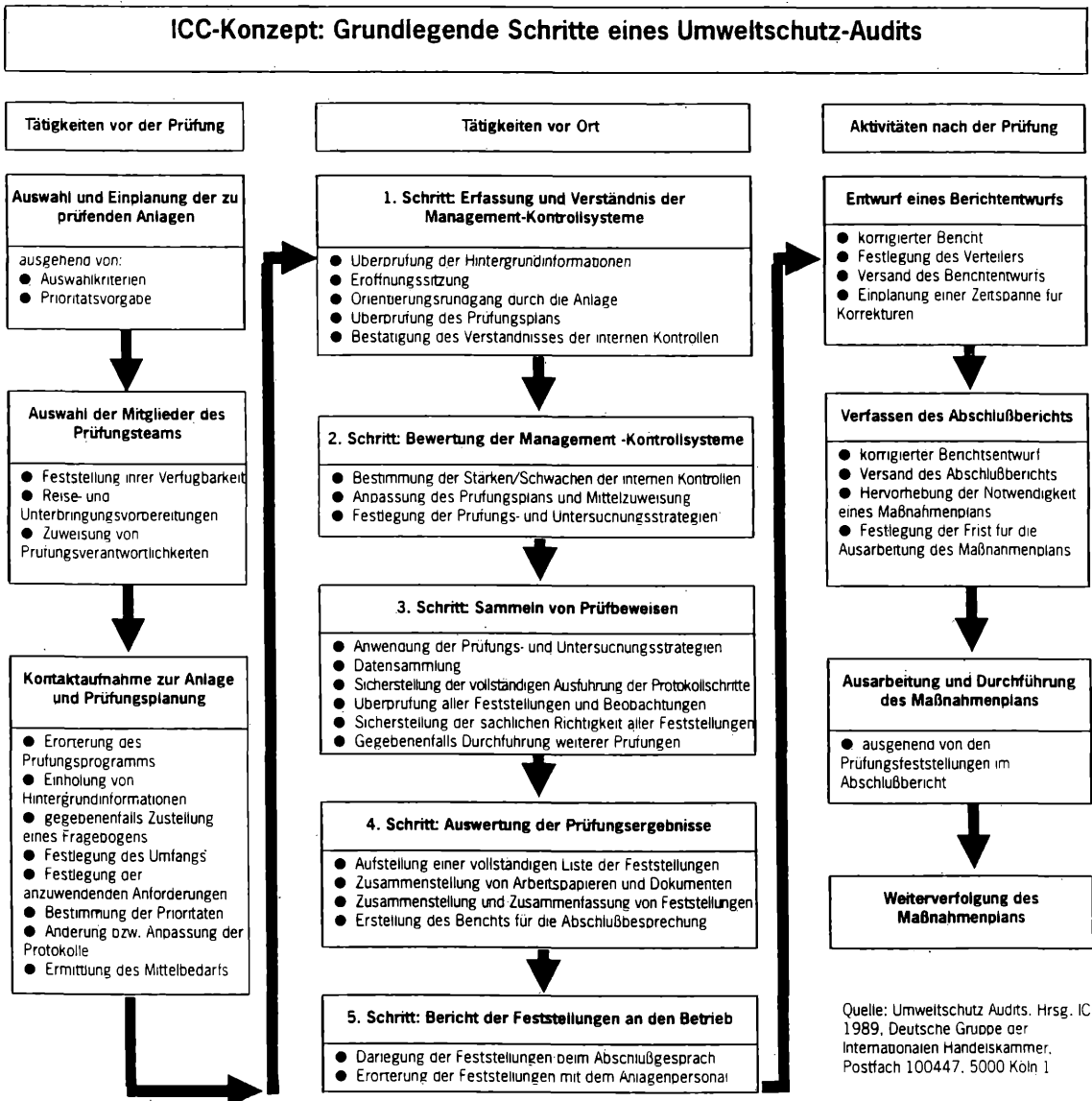


Abbildung 8

Das Konzept der Umweltschutz-Audits soll dem Management weltweit als eine Art Leitfaden für den betrieblichen Umweltschutz dienen. Anhand solcher freiwilligen betrieblichen Umweltschutzkontrollen können alle Bereiche eines Unternehmens vom Management bis zur Produktion durch klare Verfahrensvorschläge für den Umweltschutz aktiviert werden.

Sinn und Zweck des Umweltmanagements ist die Bereitstellung eines strukturierten und umfassenden Mechanismus, um sicherzustellen, daß die Aktivitäten und Produkte eines Unternehmens keine untragbaren Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dabei werden alle Stadien von der anfänglichen Planung und Konzeption bis hin zur endgültigen Fertigstellung berücksichtigt.

In den meisten praktizierten Formen sieht das Umweltmanagement auch eine systematische Prüfung der Aufgabenerfüllung vor, um sicherzustellen, daß diese den Anforderungen entspricht. Der primäre offenkundige Vorteil der Umweltschutz-Audits besteht in der Förderung des Umweltschutzes, der Einhaltung der örtlichen, regionalen und staatlichen Gesetze und Verordnungen und der auf freiwilliger Basis beruhenden Umweltschutzstrategie des Unternehmens. Ein weiterer Vorteil in diesem Zusammenhang ist die Verminderung der Gefahr von Rechtsstreitigkeiten und etwaigen Risiken, gegen Rechtsvorschriften zu verstoßen. Das Verfahren ermöglicht eine unabhängige Überprüfung, weist auf Dinge hin, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, und warnt die Verantwortlichen vor möglichen zukünftigen Problemen.

Die Internationale Handelskammer unterstützt und befürwortet die Einführung solcher Umweltschutz-Audit-Programme durch Industrieunternehmen als ein Element des gesamten unternehmerischen Umweltschutz-Management-Systems. Genauso wie die Umweltschutz-Management-Systeme den besonderen Charakter der Organisation, der Kultur und der Produkte des jeweiligen Unternehmens widerspiegeln sollten, sollten auch Umweltschutz-Audit-Programme individuell zugeschnitten sein und so eingesetzt werden, daß sie den besonderen Bedürfnissen und Zielen des jeweiligen Unternehmens am besten gerecht werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich der volle Nutzen dieses Führungs-Instruments am besten erzielen läßt, wenn sein *Einsatz auf freiwilliger Basis* erfolgt und die Ergebnisse ausschließlich der Unternehmensführung zur Verfügung stehen. Mithilfe dieser Informationen soll die Unternehmensführung ihrer Verantwortung gerecht werden können, die entdeckten Mängel zu beheben. Das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Wahl der geeignetsten unternehmerischen Umweltstrategie ordnet sich bestens ein in das makroökonomische

Konzept marktwirtschaftlicher Anreize für den Umweltschutz. Durch solche marktwirtschaftlichen Anreize kann das Eigeninteresse der Wirtschaft und der Verbraucher an mehr Umweltschutz am besten mobilisiert werden.

Zum Abschluß meines Vortrags möchte ich noch einmal auf die in Rotterdam verabschiedete „Charter for Sustainable Development“ (= „Charta für langfristig tragfähige Entwicklung“) eingehen.

Die Charta, die mit ihren 16 Grundsätzen eine Art Umweltphilosophie der Unternehmen auf internationaler Ebene wiedergibt, wurde inzwischen weltweit mit über 50.000 Exemplaren an interessierte Unternehmen verteilt.

Bisher ist die Charta in Englisch, Französisch, Holländisch, Spanisch, Japanisch, Finnisch, Norwegisch, Isländisch und Deutsch erhältlich. Geplant sind Ausgaben in Italienisch, Portugiesisch, Arabisch, Chinesisch, Russisch, Türkisch und Ungarisch.

Zur Eröffnung der UN-Conference on Environment and Development (UNCED), die 1992 in Rio de Janeiro stattfinden wird, soll die Charta in insgesamt 20 Sprachen vorliegen. In der Bundesrepublik wurde sie in mehr als 4.000 Exemplaren über den BDI, den DIHT und die Deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer interessierten Unternehmen zur Verfügung gestellt.

An unseren Initiativen als Internationale Handelskammer erkennen Sie, daß wir der Auffassung sind, daß ein international abgestimmter Umweltschutz sowohl im Sinne der Umwelt als auch aus wettbewerbspolitischer Sicht in Zukunft engagierter zu verfolgen ist als bisher. Es muß verhindert werden, daß sich schwarze Schafe mit einer Art Umweltdumping Positionsvorteile auf dem Weltmarkt verschaffen, deren umweltschädigende Folgen auch Vorreiter im Umweltschutz gleichermaßen zu tragen hätten.

Daß allerdings die konsequente Einbeziehung des Umweltschutzes in die betriebliche Strategie über Nacht bewältigt werden könnte, darüber sollten wir uns allerdings keine Illusionen machen. Gleichwohl können wir uns bei der Bewältigung dieser großen Aufgabe nicht viel Zeit lassen, denn Leben und Gesundheit sind unser größtes Gut, dessen Schutz Priorität haben muß.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Rudolf J. Lauff
Mitglied der Geschäftsführung der
Deutschen Gruppe der Internationalen
Handelskammer
Kolumabastr. 5
5000 Köln 1

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Berichte der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege \(ANL\)](#)

Jahr/Year: 1992

Band/Volume: [16_1992](#)

Autor(en)/Author(s): Lauff Rudolf J.

Artikel/Article: [Internationalisierung des Umweltschutzmanagements
71-80](#)